

# Ein Kabel, ein Windpark – weiter nichts

GNZ  
2.3.17

Versorgungsservice Main-Kinzig nimmt Stellung zu den Vorwürfen der Bürgerinitiativen

**Bad Orb** (in). Die Versorgungsservice Main-Kinzig GmbH macht deutlich, dass es keine Planungen gibt, weitere Windparks an das Stromkabel anzuschließen, das über Orber Gemarkung führen soll. Damit weist die kreiseigene Gesellschaft die von den Bürgerinitiativen „Windkraft im Spessart“ und „Gegenwind“ geäußerte Unterstellung (GNZ vom Mittwoch) als „völlig haltlos“ zurück.

In den politischen Gremien der Stadt Bad Orb ist das Kabel seit Monaten Thema, weil die Stadt die Verlegung des Kabels zur Anbindung des Windparks Flörsbachtal-Roßkopf an das Umspannwerk Eiserner Hand über einen sogenannten Gestattungsvertrag genehmigen muss. Dass die beiden Vertreter der Firma Juwi, die für die Planung des Windparks zuständig

ist, in der jüngsten Ausschusssitzung nicht die Wahrheit gesagt haben, wie es die Bürgerinitiativen unterstellen, bestreitet die Versorgungsservice GmbH in einer Pressemitteilung. Darin heißt es: „Für die Versorgungsservice Main-Kinzig ist die Unterstellung, man wolle das Kabel nutzen, um weitere Windkraftanlagen anzuschließen, völlig haltlos.“

Die Naturenergie Main-Kinzig GmbH habe über ihren Projektierer Juwi einen Antrag auf eine Genehmigung beim Regierungspräsidium Darmstadt für Windkraftanlagen am Standort Flörsbachtal-Roßkopf gestellt. Diese Anlagen müssen an das öffentliche Stromnetz angeschlossen werden, wozu die im Bad Orber Stadtparlament beantragte Trasse dienen soll. „Darüber hinaus gebe es keine weiteren Anträge beim Regierungspräsidium und auch keine weiteren Projekte in

Vorplanung“, betont die Versorgungsservice GmbH. Fakt sei, dass die Trasse ausschließlich für die Netzanbindung der geplanten Anlagen in Flörsbachtal genutzt werden solle. Die Sorge, dass weitere Windkraftstandorte aufgrund des Trassenbaus entstehen könnten, sei unbegründet. Nicht zuletzt seien auch die physikalischen Möglichkeiten zur Energieübertragung über eine solche Leitungsstrasse begrenzt. Dies alles sei von der Versorgungsservice GmbH schon seit März 2017 regelmäßig wiederholt in verschiedenen Ausschusssitzungen und in Anwesenheit der Vorsitzenden der genannten Bürgerinitiativen versichert worden. Im Übrigen sei der Gestattungsvertrag bereits seit 25. April im Bürgerinformationssystem der Stadt Bad Orb öffentlich einzusehen und hier sei in der Präambel explizit Folgendes verankert: „(...) Klarstellend wird

festgestellt, dass diese Kabeltrasse nicht für weitere Windparkvorhaben auf den Gemarkungen der Stadt Bad Orb genutzt werden soll. (...)“. Es sei also schlichtweg falsch, dass es für die Nutzung des Stromkabels keinerlei Einschränkungen gebe. Nach Einschätzung der Versorgungsservice GmbH werden wiederholt Zusammenhänge hergeleitet und konstruiert, deren Gehalt jeglicher Grundlage entbehrt und die fachlich inkorrekt sind. In der Pressemitteilung kommt die Versorgungsservice GmbH zu dem Schluss, dass die Vorgehensweise der Bürgerinitiativen völlig inakzeptabel sei. Und weiter: „Es werden mittlerweile ganz gezielt einzelne Mitarbeiter beauftragter Unternehmen in Misskredit gebracht und deren Glaubwürdigkeit infrage gestellt. Diese Verunglimpfung wird man nicht hinnehmen.“